



HESSISCHER LANDTAG

18. 05. 2022

SIA

Dringlicher Berichtsantrag

**Dirk Gaw (AfD), Klaus Hermann (AfD), Erich Heidkamp (AfD),
Dr. Frank Grobe (AfD) und Heiko Scholz (AfD)**

Kindermorde in Hanau

Am 11. Mai 2022 wurde bekannt, dass zwei Kinder in Hanau mutmaßlich eines gewaltsamen Todes gestorben waren. Die Ergebnisse der Obduktionen bestätigten die Befürchtungen. Demnach starb das 7-jährige Mädchen durch „scharfe Gewalteinwirkung im Halsbereich“. Der 11-jährige Junge starb an „multiplen inneren Verletzungen, die auf einen Sturz aus großer Höhe schließen lassen“. Ob der Junge vom Balkon im neunten Stock des Hochhauses, in dem die Familie wohnte, stürzte oder gestoßen wurde oder gar aus Angst selbst gesprungen war ist nach wie vor unbekannt.

Schon früh wurde ein familiärer Hintergrund für die Tat vermutet. Der tatverdächtige Vater der Kinder wurde inzwischen in Frankreich gefasst und sitzt in Auslieferungshaft.

Bereits kurz nach dem Tod der Kinder wurde der Oberbürgermeister der Stadt Hanau in den Medien dahingehend zitiert, dass die Familie zuvor „sozialpädagogische Unterstützung“ erhalten habe.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Seit wann lebt die Familie der ermordeten Kinder in Deutschland?
2. Seit wann lebt die Familie der ermordeten Kinder in Hanau?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung bzgl. der „sozialpädagogischen Unterstützung“, die die Familie erhalten habe?
4. Seit wann liegen dem Jugendamt in Hanau konkrete Hinweise auf familiäre Probleme vor?
5. Um welche „familiären Probleme“ hat es sich dabei gehandelt?
6. Gab es in der Vergangenheit polizeiliche Ermittlungen gegen den jetzt tatverdächtigen Vater?
7. Falls ja, aus welchen Gründen und mit welchem Ergebnis?
8. Durch wen und aus welchem konkreten Anlass wurden das Jugendamt oder andere Behörden hinsichtlich der Probleme innerhalb der Familie in Kenntnis gesetzt?
9. Welche konkreten Maßnahmen wurden durch die örtlichen Behörden zum Schutz der Kinder angeordnet?
10. Wann wurden diese angeordnet und umgesetzt?
11. Sind der Landesregierung die in Medien berichteten Drohungen des tatverdächtigen Vaters („es werde etwas Schlimmes passieren“), die mutmaßlich im Beisein des Jugendamtes erfolgt sein sollen, wenige Tage vor der Ermordung der Kinder, bekannt?

12. Was haben die örtlichen Behörden konkret unternommen, um die Kinder nach diesen Drohungen, sollte es sie gegeben haben, zu schützen?

Wiesbaden, 18. Mai 2022

Dirk Gaw
Klaus Herrmann
Erich Heidkamp
Dr. Frank Grobe
Heiko Scholz